

# Areal am Glummweg im Blick

## Dezentralisierung der Rotenburger Werke Thema im Ausschuss

VON WIBKE WOYKE

Rotenburg. Die Rotenburger Werke möchten ihre Dezentralisierung vorantreiben - aber dazu bedarf es passender Grundstücke. Die sind aufgrund bestimmter Vorgaben gar nicht so einfach zu finden. Ein geeignetes Areal hat die Einrichtung am Glummweg der Wümmestadt im Blick. Eine erste Idee dazu wurde nun im Ausschuss für Planung und Hochbau vorgestellt.

Entscheiden mussten die Ausschussmitglieder noch nichts, während der Sitzung ging es erst einmal nur darum, den Plan aufzunehmen und in die Fraktionen zu tragen. Inzwischen hat der nicht-öffentliche Verwaltungsausschuss getagt - und er heißt das Vorhaben gut. Nötig ist eine Änderung des IV. Flächennutzungsplans, Teil A, Kernstadt (Glummweg - Südwest) sowie das Aufstellen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans.

Thorsten Tillner vom Vorstand der Rotenburger Werke sowie Friedhelm Sager waren in der Planungsausschusssitzung zu Gast, um in Kürze vorzustellen, was am Glummweg gewünscht wäre. Im Blickpunkt ist das Grundstück südlich der Baustoffhandlung. Und darum geht es inhaltlich: Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Jahr 2009 wurde ein Veränderungsprozess der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingeleitet, der eine Annäherung der Lebensverhältnisse behinderter an die nichtbehinderter Menschen anstrebt. Dieser Grundgedanke findet sich im Begriff Inklusion wieder. Par-



Am Glummweg (gegenüber zu Am Ahbeek) liegt das Grundstück, das in Frage käme Foto: Woyke

allel dazu arbeitet die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder seit einigen Jahren daran, die bisherige Eingliederungshilfe stärker zu einer personenzentrierten Ausrichtung zu entwickeln. Ende 2009 haben die Rotenburger Werke eine gemeinsame Erklärung zwischen dem Sozialministerium und Trägern von Einrichtungen der Behindertenhilfe zur Weiterentwicklung in der Eingliederungshilfe abgeschlossen.

Im Kern bilden sich die Veränderungen in der Eingliederungshilfe im sogenannten Konversionsprozess ab - dem Abbau von Wohnplätzen an zentralen Standorten zugunsten von kleinteiligen sozialraumorientierten Leistungsangeboten. Doch das Ganze ist mit hohen Kosten verbunden. Der notwendige Finanzierungsbedarf schließt insbesondere die Akquise von Fördermitteln ein. Das Kuratorium der Aktion Mensch hat den Planungen der Rotenburger Werke zur Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen 2010 zugestimmt und

mit den Werken eine Zielvereinbarung zur Teildezentralisierung von 240 Plätzen in den kommenden zehn Jahren geschlossen. Mögliche Förderungen werden auf Grundlage der Richtlinien der Aktion Mensch gewährt.

Die Rotenburger Werke haben ihren Immobilienbestand überprüft und Gebäude auf beiden Kerngebieten (Lindenstraße und Kalandshof) benannt, die aufgrund ihrer Bausubstanz oder des veralteten Wohnstandards künftig nicht mehr zu Wohnzwecken nutzbar sind. Ziel ist, diese Gebäude im Verlauf der nächsten zehn Jahre zu schließen. Einige werden abgerissen werden müssen. Für Gebäude mit einer guten Substanz sollen Nachnutzungskonzepte entwickelt werden.

Das anvisierte Grundstück am Glummweg benötigen die Werke, da das sogenannte Averdickhaus auf dem Kalandshof aufgrund baulicher Mängel im kommenden Jahr geschlossen werden muss.

Es geht es um 24 Wohnplätze plus etwa vier bis acht für

die Kurzzeitpflege.

Um den betroffenen Bewohnern ihrem Assistenzbedarf entsprechende Wohnplätze in der Stadt anbieten zu können, wäre ein Neubau nahe des Kalandshofs ideal. Eine Geländefläche von etwa der Hälfte des Grundstücks am Glummweg (dessen Gesamtgröße rund 14.000 Quadratmeter beträgt) sei wünschenswert.

Auch andere Standorte innerhalb der Wümmestadt wurden im Zusammenspiel mit der Verwaltung geprüft, so die Erklärung im Ausschuss. Andere Areale als das nun ausgesuchte Grundstück kämen aber nicht in Frage, da die Förderrichtlinie der Aktion Mensch eine ganz spezielle Abstandsregelung vorschreibt.

„Da unklar ist, wie sich das Betriebsgelände der nördlich angrenzenden Baustoffhandlung entwickeln wird, ist fürs Wohnprojekt der Rotenburger Werke ein Schallschutzgutachten erforderlich, um gegebenenfalls Schallschutzmaßnahmen in der Bauleitplanung vorzuschreiben“, so die Erläuterung der Verwaltung. Die Kosten dafür würden die Rotenburger Werke tragen, das wurde in der Sitzung zugesagt.

Eigentlich sollte in Waffensen ein Projekt realisiert werden, der Landkreis sagte aufgrund der dort bestehenden hohen Immissionen (genauer: Gerüche) aber Nein. Daher sind die Rotenburger Werke zeitlich etwas unter Druck. Das weiß auch die Politik und so gab der Verwaltungsausschuss kurzzeitig grünes Licht für das Vorhaben. Das wiederum begrüßt Bürgermeister Detlef Eichinger sehr, wie er im Fachgremium betonte, denn schließlich sollen die Werke trotz Dezentralisierung ein Teil der Stadt bleiben.